



## **Straßenumbenennung im Afrikanischen Viertel**

### **Empfehlung des Beirates für Migration, Inklusion und Partizipation – Migrationsbeirat – beim Bezirksamt Mitte von Berlin**

In Berlin-Mitte (Region Wedding) befindet sich das bundesweit einzigartige „Afrikanische Viertel“, welches vor mehr als 100 Jahren als Kolonialviertel angelegt wurde. Die Straßennamen im Afrikanischen Viertel bestehen aus geografischen Bezeichnungen, sind aber auch Akteuren des deutschen Kolonialismus gewidmet. Diese sind: Lüderitzstraße, Nachtigalplatz und Petersallee. Die Anlage des Afrikanischen Viertels diente allein der Demonstration und Verherrlichung der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika und gibt die kolonialen Vorstellungen des Deutschen Reiches bis zum Nationalsozialismus wieder. Die einzige Ausnahme bildet die Ghanastraße (1958), welche die Unabhängigkeit Ghanas (1957) würdigt.

Der Migrationsbeirat unterstützt mit Nachdruck die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus und begrüßt den von allen Fraktionsparteien mitgetragenen BVV-Beschluss zum „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“. Damit wurde ein Perspektivwechsel vorgenommen, welcher das Afrikanische Viertel nun in den Kontext der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit stellt.

Das afrikanische Viertel soll ein Ort sein, in dem der Kolonialismus und seine bis in die Gegenwart hineinreichenden rassistischen Auswirkungen in einem multikulturellen Wedding thematisiert werden, in dem der afrikanische Bevölkerungsanteil ein fester Bestandteil ist.

Umso unverständlicher ist, dass die Namen der 3 kolonialen Hauptakteure Lüderitz, Nachtigal und Peters<sup>1</sup> beibehalten wurden. Sie trugen maßgebend zur Etablierung des Kolonialismus und damit zur Akkulturation an die Normen und Gebräuche Europas bei. Bei der Aufarbeitung unserer kolonialen Vergangenheit müssen wir uns vor Augen halten, welche Wirkung die Kolonisierung für die afrikanische Bevölkerung hatte und immer noch hat.

In den deutschen Kolonien wurden Afrikanerinnen und Afrikaner ihres fruchtbaren Landes und Viehs beraubt und zur Sklavenarbeit verdammt. Die deutsche Kolonialherrschaft äußerte sich in brutaler Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung. Der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts wurde im damaligen Deutsch-Südwestafrika (Namibia) in grausamer Art und Weise ausgeführt. Der Herero-Aufstand endete mit der Ausrottung von 80% der Herero, 50% der Nama und mit der Ermordung zahlreicher Damara und San. Auch heute noch ist kaum bekannt, dass das erste deutsche Konzentrationslager, das auch offiziell so gekennzeichnet wurde, im heutigen Namibia errichtet wurde. Diese menschenverachtende Brutalität wurde später von den Nationalsozialisten fast eins zu eins übernommen, wo in den Konzentrationslagern Menschen sog. medizinischen Experimenten ausgesetzt wurden, um die Herrenrasse-Ideologie zu beweisen.

---

<sup>1</sup> Der ehrenwerte Jurist Dr. Hans Peters hat einen anderen Kontext verdient und darf nicht als Ersatz für den Kolonialverbrecher Carl Peters erhalten. Der Name Peters ist aufgrund des historischen Zusammenhanges im Afrikanischen Viertel nicht tragbar.

Afrika leidet heute noch unter seiner geographischen Aufteilung und der Zerstörung seiner kulturellen Identität. Mit dem Kolonialismus wurde die Grundlage zu Vernichtung und Hunger gelegt. Völkermord wurde durch die Landnahme aktiv von den 3 o.g. Akteuren mit vorbereitet.

Jede Gesellschaft wird auch daran gemessen, wen sie würdigt und wen sie mit Straßennamen ehrt. Wenn wir Betrüger, koloniale Verbrecher und Mörder mit Straßennamen ehren, senden wir ein falsches Signal in die Welt.

In den Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes heißt es:  
*„(2) Umbenennungen sind nur zulässig ....c) zur Beseitigung von Straßennamen .... aus der Zeit vor 1933, wenn diese nach heutigem Demokratieverständnis negativ belastet sind und die Beibehaltung nachhaltig dem Ansehen Berlins schaden würde.“*

Die Straßenumbenennung entspräche unserem heutigen Demokratieverständnis und unserer Achtung der Menschenrechte. Sie entspräche auch unserem Selbstverständnis von Berlin als weltoffener Stadt mit einer Willkommenskultur. Sie wäre ein deutliches Zeichen nach innen und außen, dass es uns ernst ist mit der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Nur mit diesem klaren Schritt können wir unsere Glaubwürdigkeit gewinnen. Mit Sicherheit würde dieser Schritt in den betroffenen Ländern (Namibia, Kamerun, Togo, Tansania, Ruanda und Burundi) mit Respekt gewürdigt werden ebenso wie von den in Mitte lebenden Menschen afrikanischer Herkunft, für die diese Straßennamen eine Verletzung und die Erinnerung an das Trauma ihrer Kolonialisierung bedeuten.

Der Migrationsbeirat hat sich zum Ziel gesetzt, Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken (§2 Abs. 2 Geschäftsordnung).

**In diesem Sinne unterstützt der Beirat die Forderung nach der Umbenennung der Lüderitzstraße, des Nachtigalplatzes und der Petersallee und wendet sich an das Bezirksamt Mitte und die BVV Mitte mit der dringenden Empfehlung, Kolonialismus verherrlichende und rassistische Straßennamen aus dem öffentlichen Straßenbild unseres Bezirks zu entfernen.**

Der Beirat stellt sich hinter die Vertreterinnen und Vertreter der afrikanischen Community, die aufgrund ihres Engagements für die Straßenumbenennung im Afrikanischen Viertel in der Öffentlichkeit von Weddinger Gruppierungen diskriminiert und beleidigt werden. Er fordert alle demokratischen Kräfte des Bezirksamtes und der BVV auf, rassistischen und kolonialistischen Äußerungen entgegenzutreten.

Der Beirat begrüßt die aktuellen Bemühungen des Bezirksamtes, eine inklusive und partizipative Methode zu entwickeln, auch Expertinnen und Experten der Afrikanischen bzw. Schwarzen Community bei der Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus am Beispiel Afrikanisches Viertel auf Augenhöhe zu beteiligen. Dies leitet einen Paradigmenwechsel ein, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten und Minderheiten zu gewährleisten. Wir rufen alle auf, sich an diesem inklusiven Prozess zu beteiligen. Wir appellieren an die BVV und ihre Gremien, dieses Verfahren zu unterstützen und den Empowerment-Ansatz konstruktiv zu begleiten.

Beschluss vom 17. April 2013